



Mühsames Unterfangen

IW-Verbandsumfrage. Die Corona-Krise hat die deutsche Wirtschaft noch immer fest im Griff. Der Aufstieg aus dem Tal dürfte im neuen Jahr nur ganz allmählich gelingen, zeigt die IW-Verbandsumfrage. Die bisherigen Corona-Hilfen des Staates seien durchaus zielführend – sagt IW-Konjunkturexperte Michael Grömling im iwd-Interview. Die Politik dürfe allerdings nicht versuchen, mit den Maßnahmen noch weitere Ziele zu erreichen, etwa die der Energiewende.

—> [Seiten 2-5](#)

Demografie

Die ländlichen und strukturschwachen Regionen in Deutschland leiden darunter, dass junge Menschen zum Studium in die Metropolen abwandern.

—> [Seite 12](#)

Weiterbildung

Die deutschen Unternehmen haben 2019 mehr denn je in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investiert. Besonders aktiv sind Firmen mit hohem Digitalisierungsgrad.

—> [Seiten 14-15](#)

Aus tiefem Tal

IW-Verbandsumfrage. Nach einem harten, von Corona geprägten Jahr ist die Stimmung in der deutschen Wirtschaft schlecht. Zwar rechnet die Mehrheit der vom IW befragten Wirtschaftsverbände für 2021 wieder mit leicht steigenden Produktionszahlen, die Beschäftigungsperspektiven bleiben jedoch getrübt.

Auch wenn sich die Lage vieler Branchen nach den teils schweren Umsatzrückgängen im Frühjahr bis in den Herbst hinein teils deutlich verbesserte, konnte vor allem die Industrie ihr Vorkrisenniveau noch längst nicht wieder erreichen. Die Folge (Grafik):

Von den 43 Verbänden, die sich in diesem Jahr an der IW-Umfrage beteiligt haben, sprechen 34 von einer schlechteren Lage als zum Jahreswechsel 2019/2020.

Diese Ausgangslage sowie die möglichen Konsequenzen des neuen harten Lockdowns relativieren auch die überwiegend zuversichtlichen Einschätzungen der Verbände für das neue Jahr:

Immerhin 21 Verbände rechnen für 2021 mit einer leichten Produktions- beziehungsweise Umsatzsteigerung, 5 erwarten sogar deutlich bessere Geschäfte als im abgelaufenen Jahr.

Zu Letzteren gehören die Automobilindustrie und ihre Zulieferer – allerdings waren die Einbußen im Jahr 2020 in diesem Wirtschaftszweig auch besonders drastisch. Unter

ähnlichem Blickwinkel müssen auch die positiven Geschäftserwartungen einiger Dienstleistungsverbände – zum Beispiel des Gastgewerbes und des Einzelhandels – betrachtet werden.

Vor diesem Hintergrund hellt sich auch das Investitionsklima 2021 nur leicht auf:

Von steigenden Investitionen gehen 17 der 43 befragten Wirtschaftsverbände aus, 12 sind dagegen pessimistisch.

Während Industriezweige wie der Maschinenbau oder die Chemie zusätzliche Investitionen vor allem in Forschung und Entwicklung auf der Agenda haben, halten sich unter anderem energieintensive Branchen wie die Papier- oder Keramikindustrie zurück.

Auch eine durchgreifende Erholung auf dem Arbeitsmarkt lässt vorerst auf sich warten (siehe Seite 6). Nur 5 von 43 Verbänden rechnen damit, dass ihre Mitgliedsunternehmen ihre Belegschaften 2021 aufstocken – unter anderem die Bauwirtschaft und das Handwerk, die beide seit Jahren Arbeitskräfte suchen.

Dagegen sind 23 Branchen skeptisch – oft ist die stabilisierende Wirkung der Kurzarbeit nicht stark genug, um die negativen Einflüsse der Corona-Pandemie und des Strukturwandels auf die Beschäftigung abzufedern.

IW-Kurzbericht 129/2020

Michael Grömling: Keine Erholung auf breiter Front – Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage für 2021

iwkoeln.de/verbandsumfrage_2021

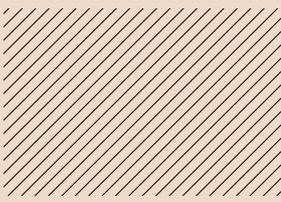
IW-Verbandsumfrage für 2021

Ergebnisse der Befragung von
43 deutschen Wirtschaftsverbänden

Wirtschaftszweig

1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Papierverarbeitung
22. Papierfabriken
23. Lederindustrie
24. Druckindustrie
25. Textil- und Modeindustrie
26. Ernährungsindustrie
27. Landwirtschaft
28. Bauindustrie
29. Baugewerbe
30. Handwerk
31. Entsorgungswirtschaft
32. Einzelhandel
33. Speditionen
34. Banken
35. Sparkassen
36. Volksbanken
37. Leasing
38. Versicherungswirtschaft
39. Gastgewerbe
40. Messewirtschaft
41. Werbewirtschaft
42. Immobilien
43. Privater Rundfunk und Telemedien

Insgesamt



Interview. In den vergangenen Jahrzehnten hatten deutsche Konjunkturforscher meist gute Nachrichten zu verkünden. Doch seit der Corona-Pandemie steht auch die Welt der Prognostiker kopf. Im iwd-Interview erklärt IW-Konjunkturrexperte **Michael Grömling**, wie oft er seine Prognosen im vergangenen Jahr korrigieren musste und wie lange Deutschland einen harten Lockdown durchhalten kann.

„Corona beschleunigt den strukturellen Wandel der deutschen Wirtschaft“

Herr Grömling, für Sie als Konjunkturforscher muss 2020 ein Jahr der Achterbahnfahrten gewesen sein. Wie oft mussten Sie Ihre Prognosen revidieren?

Regelmäßig, teilweise im Wochentakt. Eine Prognose basiert ja auf bestimmten Annahmen, und sobald wichtige davon ins Wanken geraten oder wegbrechen, ist auch die Prognose hinfällig. Hinzu kommt, dass in dieser Krise nicht nur ökonomische, sondern auch epidemiologische Faktoren wie ein möglicher Krankheitsverlauf in unsere Vorhersagen einfließen. Da wird uns Konjunkturforschern zusätzlich einiges abverlangt. All das erklärt die zugegebenermaßen eingeschränkte Güte der Prognosen für 2020, auch wenn das IW im Herbst als eines der ersten Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet hat, dass das erste Quartal 2021 für die deutsche Wirtschaft kein Selbstläufer wird.

Seit Mitte Dezember ist Deutschland erneut im harten Lockdown. Wie lange kann die deutsche Wirtschaft diesen neuen Stillstand durchhalten?

Im Prinzip kann man alles durchhalten, die Frage ist nur, mit welchen ökonomischen Folgen auf kurze und auf lange Sicht. Derzeit kämpfen viele Unternehmen unverschuldet ums nackte Überleben, weil die Pandemie die Nachfrage und Produktion beeinträchtigt und die Politik im Rahmen ihrer Pandemiebekämpfung so stark ins Wirtschaftsleben eingegriffen hat wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Das war und ist auch richtig, doch man wird sich sicherlich Gedanken darüber machen müssen, wie man den gefährdeten Betrieben während und auch nach dem Shutdown helfen kann.

Der Lockdown betrifft unmittelbar vor allem Dienstleistungssektoren wie den Einzelhandel. Dennoch blicken auch viele Industrieverbände eher pessimistisch ins Jahr 2021.

Die Krise hat die Industrie im Frühjahr 2020 erheblich stärker in Mitleidenschaft gezogen als die Gesamtheit der Dienstleister. Die Fallhöhe der Industrie war deshalb erheblich höher, weil wir es hier nicht nur mit einem rein konjunkturellen Phänomen zu tun haben, bei dem die Pandemie zu Produktionsbeeinträchtigungen und einer weltweit abgewürgten Nachfrage führte. Vielmehr hat die Pandemie auf einen Wirtschaftsbereich eingewirkt, der bereits seit zwei Jahren auch aus strukturellen Gründen in der Rezession ist. Deshalb sind die künftigen Anpassungslasten für die Industrie auch möglicherweise stärker als für den Dienstleistungsbereich, wo es stark vereinfacht so aussehen könnte, als würde man das Licht aus- und dann wieder anmachen. Welche Geschäftsmodelle im Industrie-, aber auch im Dienstleistungsbereich ernsthaft auf dem Prüfstand stehen, wird sich verstärkt in diesem Jahr zeigen.

23 von 43 Branchen, die an der aktuellen IW-Verbandsumfrage teilgenommen haben, werden 2021 aller Voraussicht nach Mitarbeiter entlassen. Waren die Beschäftigungsaussichten schon jemals so schlecht?

Das Bild war 2009 ähnlich düster. In starken Krisen müssen die Unternehmen immer auch versuchen, sich bei Produktionseinbrüchen durch Arbeitsmarktanpassungen Luft zu verschaffen.



Foto: IW Medien

In den Industriebranchen, die mit pessimistischen Beschäftigungserwartungen ins neue Jahr gehen, handelt es sich allerdings zum Teil um Anpassungen, die auch ohne Corona stattgefunden hätten. Die Pandemie beschleunigt diesen Prozess aber gewaltig. Und solange die Weltwirtschaft nicht wieder Fahrt aufnimmt, werden deutsche Industrieunternehmen im großen Stil keine neuen Leute einstellen.

Wie kann die deutsche Politik diesen Prozess positiv beeinflussen?

Das dringendste Problem, das Politik und Gesellschaft gemeinsam angehen müssen, ist, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Neben den aktuell einschränkenden Maßnahmen sind dies vor allem Impfungen und weitere Forschung in diesem Bereich.

Darüber hinaus müssen wir versuchen, möglichst viele Unternehmen am Leben zu erhalten und damit möglichst viele Arbeitsplätze durch die Krise zu bringen. Die Kurzarbeit ist das adäquate Mittel, es hat uns 2020 geholfen und wird wahrscheinlich auch im Winterhalbjahr 2020/21 noch eine große Rolle spielen. Damit stabilisiert man private Einkommen und Zuversicht. Man sollte allerdings das, was konjunkturell in der jetzigen Phase nötig ist – also Arbeitsplätze und Unternehmen zu sichern –, nicht mit strukturellen oder politischen Zielen überfrachten.

Zum Beispiel?

Indem man etwa die jetzigen Corona-Maßnahmen mit bestimmten Zielen der Energiewende verknüpft. Die Anzahl der Maßnahmen sollte immer der Anzahl der

Ziele entsprechen, das hat schon der niederländische Ökonom Jan Tinbergen in den 1950er Jahren beschrieben. Mir scheint, dass manche derzeit mehrere Ziele mit einem Maßnahmenbündel erreichen wollen. Das funktioniert so nicht. In der aktuellen Verunsicherung muss es um eine Stabilisierung der Beschäftigung und der Unternehmen gehen und erst danach kann man die strukturellen Herausforderungen angehen. Das ist kein vorgeschobenes Argument.

Die EU und auch die Bundeskanzlerin haben diese Frage aber doch längst anders beantwortet. Mindestens 30 Prozent des 750 Milliarden Euro schweren Corona-Aufbaufonds sollen zur Umsetzung der Klimaziele genutzt werden.

Das stimmt. Viele dieser Maßnahmen sind aber weit nach vorne gerichtet. Das sind keine Maßnahmen, die jetzt, angesichts umfassender Lockdown-Maßnahmen und hoher Verunsicherungen, am Jahresanfang 2021 eingesetzt werden, um die akute Not zu überwinden.

Sind die Corona-Hilfen zielführend?

Ja. Vor allem, wenn man bedenkt, dass es für diese Krise keine Blaupausen in der Schublade gab, die man hätte hervorziehen können. Die Krise muss epidemiologisch in den Griff bekommen und wirtschaftspolitisch begleitet werden. Es wurde von den meisten nicht erwartet, dass ein Großteil des Einzelhandels, alle Restaurants und viele andere Dienstleister erneut und vor allem über die Weihnachtszeit schließen müssen. Vieles, was seitens des Bundes und der Landesregierungen an Liquiditätshilfen angeboten wird, hat Sicherheit geschaffen. Und mit der Möglichkeit der Kurzarbeit wurden im Frühjahr 2020 immerhin sechs bis sieben Millionen Arbeitsplätze stabilisiert.

Der IW-Verbandsumfrage zufolge hellt sich das Investitionsklima 2021 nur zögerlich auf. Wie ließen sich – auch unabhängig von Corona – die Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland mittelfristig verbessern?

Bei öffentlichen Investitionen reicht es nicht aus, einfach nur Geld zur Verfügung zu stellen: Der Einsatz der Mittel muss effizienter werden. Das hat Priorität.

Im privatwirtschaftlichen Bereich haben wir das Problem, dass Unternehmen sich deshalb mit Investitionen zurückhalten, weil sie nicht wissen, wie sich 2021 und auch danach die Konjunktur entwickelt.

Was wir auf jeden Fall brauchen, ist eine Verstärkung der Unterstützung forschungsintensiver Unternehmen. Bei all den wichtigen Erfolgen, die wir hier derzeit auch in Deutschland sehen, ist in Ländern wie den USA die staatliche Forschungsförderung offensichtlich stärker und effizienter.

Mehr Stunden statt mehr Stellen

Arbeitsmarkt. Das Instrument der Kurzarbeit hat eine große Entlassungswelle während der Corona-Pandemie wirksam verhindert. Wenn sich die Wirtschaft im neuen Jahr erholt, werden vorerst aber auch kaum neue Arbeitsplätze entstehen.

Während in anderen Ländern wie den USA der Lockdown im Frühjahr zahlreiche Menschen den Job kostete, konnten die Unternehmen in Deutschland oft einen anderen Weg gehen: Neben dem Abbau von Überstunden und Guthaben auf Arbeitszeitkonten war es vor allem die Nutzung der Kurzarbeit, die großflächige Arbeitsplatzverluste verhindern half. Im Schnitt dürfte die Zahl der Kurzarbeiter 2020 bei 2,6 Millionen gelegen haben, Ende 2020 betrug sie gut eine Million.

Ganz ohne Blessuren kam der Arbeitsmarkt jedoch nicht davon – betroffen waren vor allem Selbstständi-

ge und geringfügig Beschäftigte, die keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld hatten.

Insgesamt lag die Zahl der Erwerbstätigen im September 2020 um rund 650.000 unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Immerhin lassen verschiedene Indikatoren erkennen, dass sich die Nachfrage nach Arbeitskräften seit dem bisherigen Krisenhöhepunkt im Frühjahr wieder etwas erholt hat (Grafik):

Im April 2020 lag die Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen um fast 60 Prozent unter dem Wert des Vorjahresmonats – im November

betrug das Minus nur noch etwas mehr als 9 Prozent.

Auch der Anteil derjenigen, die den Sprung aus der Arbeitslosigkeit in einen regulären Job schaffen, war im späten Herbst nur noch wenig niedriger als gegen Ende 2019.

Diese Erholung zeigte sich vor allem in Branchen, die zuvor in starkem Maße Beschäftigung abgebaut hatten, zum Beispiel im Gastgewerbe. Wie sich die neuerlichen Einschränkungen ab November sowie der seit Mitte Dezember geltende harte Lockdown auswirken, bleibt abzuwarten. Bislang deutet aber wenig auf eine neuerliche Verschärfung der Arbeitsmarktlage hin.

Nach jetzigem Stand dürfte sich die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr vielmehr wieder langsam auf das Vorkrisenniveau zubewegen (siehe iwd 26/2020). Dies beeinflusst auch den Arbeitsmarkt positiv. Allerdings wird – analog zur Entwicklung zu Beginn der Krise – die wieder steigende Arbeitskräftenachfrage vor allem dazu führen, dass Kurzarbeit beendet wird und die Beschäftigten ihre Arbeitszeiten wieder ausweiten. Das bedeutet aber auch:

Die Zahl der Erwerbstätigen wird 2021 voraussichtlich nur um knapp 40.000 auf 44,89 Millionen steigen.

Das reicht nicht aus, um einen schnellen Abbau der im vergangenen Jahr gestiegenen Arbeitslosigkeit zu ermöglichen – die Arbeitslosenquote dürfte folglich im Jahresdurchschnitt bei 5,9 Prozent verharren.

Arbeitsmarkt in Deutschland: Anzeichen der Erholung

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent

	Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen	Abgangschance aus Arbeitslosigkeit
Feb. 20	-15,7	-0,5
März 20	-16,6	-3,3
Apr. 20	-58,9	-38,2
Mai 20	-39,6	-42,8
Juni 20	-39,2	-24,9
Juli 20	-22,7	-23,8
Aug. 20	-25,4	-22,1
Sep. 20	-18,8	-14,0
Okt. 20	-9,5	-8,2
Nov. 20	-9,4	-6,4

Abgangschance: Anteil der Arbeitslosen, die eine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt oder einen Ausbildungsplatz gefunden haben, an allen Arbeitslosen des Vormonats

Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Sturzflug durch Corona

Luftverkehr. Die Corona-Pandemie hat die Fluggesellschaften in eine tiefe Krise gestürzt, weil die Menschen nicht reisen wollten oder konnten. Voraussichtlich wird es mehrere Jahre dauern, bis das Verkehrsaufkommen von 2019 wieder erreicht ist. Schon jetzt hat die Krise viele Arbeitsplätze in der Branche gekostet.

In kaum einer Branche waren die dramatischen Auswirkungen der Corona-Pandemie so deutlich wie in der Luftfahrt. Ob Angst vor Ansteckung im Flugzeug, Grenzschließungen, Quarantäneregelungen – all diese Maßnahmen machten Flugreisen unattraktiv oder gar unmöglich. Die Folge in Deutschland (Grafik):

Im April 2020 wurden an deutschen Flughäfen fast 99 Prozent weniger Passagiere abgefertigt als ein Jahr zuvor.

Nach einem kurzen Aufwärtstrend im Sommer gingen die Passagierzahlen zuletzt wieder stärker zurück – im

November betrug das Minus im Vorjahresvergleich 90 Prozent.

Diese Entwicklung hat die Fluggesellschaften finanziell schwer getroffen, denn die in Deutschland und anderen Ländern geltenden Kurzarbeitsregelungen konnten nur einen Teil der sehr hohen laufenden Kosten – zum Beispiel für Zinszahlungen und den Unterhalt der Flugzeugflotten – auffangen.

In dieser existenzbedrohenden Lage erhielten viele Airlines von ihren jeweiligen Heimatstaaten finanzielle Hilfen – die Lufthansa beispielsweise wurde bislang

insgesamt mit 9 Milliarden Euro unterstützt, unter anderem in Form einer Staatsbeteiligung.

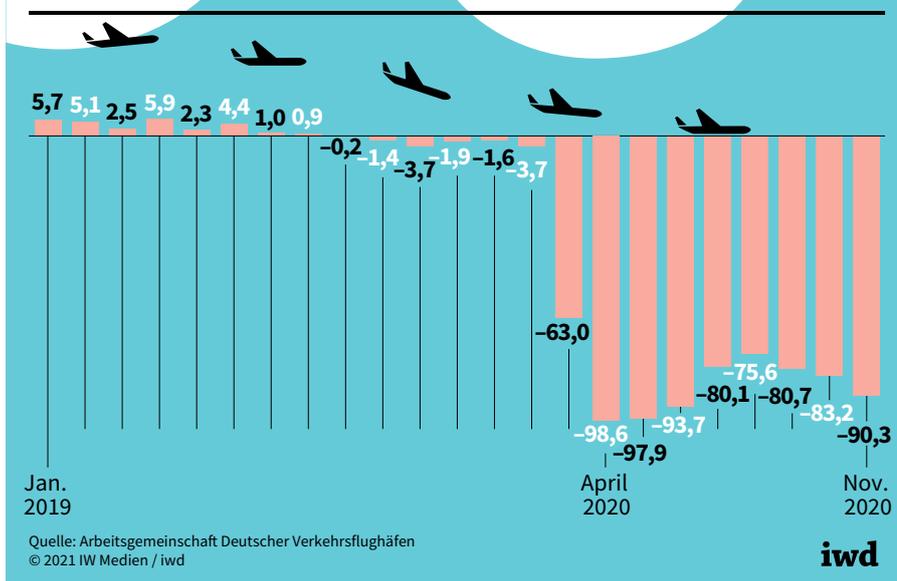
Auch künftig werden befristete Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld die Fluggesellschaften nicht durch die Krise tragen können. Denn brancheninternen Schätzungen zufolge könnte es bis 2025 dauern, bis das Verkehrsniveau von 2019 wieder erreicht wird. Zudem dürften die Einnahmen gerade von klassischen Netzwerk-Airlines wie der Lufthansa dauerhaft sinken, weil das lukrative Geschäft in der Business-class schrumpft: Statt ihre Mitarbeiter für Meetings rund um die Welt fliegen zu lassen, nutzen viele Unternehmen inzwischen Video-Konferenzen – und werden das wohl auch künftig tun. Das hat Konsequenzen für den Carrier:

Die Lufthansa Gruppe – vor der Pandemie mit 138.000 Beschäftigten und 763 Flugzeugen die größte europäische Fluggesellschaft – wird nach heutigem Stand rund 29.000 Arbeitsplätze abbauen müssen.

Ein schwacher Trost für die Belegschaft: Da die Anpassungen zügiger als anfangs erwartet vorangingen und bis Ende 2020 unter anderem durch Fluktuation bereits mehr als 20.000 Stellen abgebaut wurden, ist zumindest kein weiterer Kahlschlag zu erwarten, wenn die Unterstützung durch die Kurzarbeit Ende 2021 ausläuft.

Luftverkehr: Der Pandemie-Effekt

Veränderung der Zahl ankommender und abfliegender Passagiere an deutschen Flughäfen gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



Gute Schulden, schlechte Schulden

Staatsschulden. Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie so gut es geht abzumildern, nehmen Bund, Länder und Gemeinden viel Geld in die Hand. Was nach der Krise bleiben wird, ist ein höherer Schuldenberg – allein im vergangenen und im neuen Jahr kommt fast eine halbe Billion Euro dazu. Aber ist das in Zeiten von Nullzinsen überhaupt ein Problem?

Es könnte die Gretchenfrage im Bundestagswahlkampf 2021 werden: Nun sag, wie hältst du's mit den Schulden? Grundsätzlich gibt es darauf zwei Antworten: Die einen werden argumentieren, dass es ohne Schulden in der Krise nicht geht, der Staat die Schuldenbremse aber so schnell wie möglich wieder einhalten sollte, denn Schulden müssen

irgendwann zurückgezahlt werden und belasten daher künftige Generationen übermäßig.

Andere werden dagegenhalten, dass es den Staat derzeit nichts kostet, Geld zu leihen, und dass es vor allem an Investitionen fehlt. Werden die Mittel dafür verwendet, wächst Deutschland – wie nach der Finanzkrise vor zehn Jahren – ein-

fach aus den Schulden heraus, kein Grund also für Ausgabenkürzungen oder übertriebene Sparsamkeit.

Dass die Frage nach dem richtigen Umgang mit der öffentlichen Verschuldung in den Fokus gerät, ist durchaus berechtigt, denn es geht um viel Geld (Grafik):

Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden werden im Jahr 2021 das Niveau von 2019 um schätzungsweise 450 Milliarden Euro übersteigen.

Damit ist ein Trend gebrochen. Nach Jahren der Haushaltsüberschüsse lag die Schuldenstandsquote im Jahr 2019 mit 59,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erstmals seit 2002 unter dem Maastricht-Grenzwert von 60 Prozent. Dafür gab es im Wesentlichen drei Gründe:

Keine neuen Schulden. In den vergangenen Jahren hat die Politik auf neue Schulden weitgehend verzichtet, da nicht zuletzt die alternative Finanzierungsquelle kräftig sprudelte: Die Steuereinnahmen sind von 2010 bis 2019 um gut die Hälfte auf rund 800 Milliarden Euro gestiegen. Dies lag an höheren Steuersätzen zum Beispiel bei Gewerbe-, Grund- und Grunderwerbsteuer, aber vor allem daran, dass

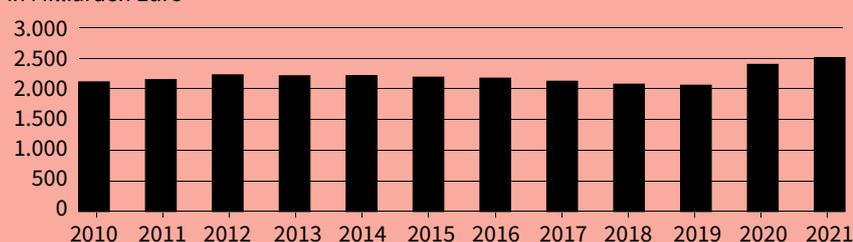
Staatsschuldenquote: Geringer als nach der Finanzkrise

Schuldenstand von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen einschließlich Extrahaushalte

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



in Milliarden Euro



2020 und 2021: IW-Schätzung; Schuldenstand: gemäß Maastricht-Vertrag

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2021 IW Medien / iwd

der Fiskus von mehr und besser bezahlten Jobs über die Einkommensteuer profitiert hat.

Niedrige Zinsausgaben. Neben den gestiegenen Steuereinnahmen waren die deutlich gesunkenen Zinsausgaben ein Grund zur Freude für die Haushaltspolitiker (Grafik):

Der Staat gab im Jahr 2019 nur noch knapp 34 Milliarden Euro für Zinszahlungen aus – 2012 waren es fast 70 Milliarden Euro.

Damit ist die Zins-Steuer-Quote, also das Verhältnis von Zinszahlungen zu Steuereinnahmen, von knapp 12 auf rund 4 Prozent gesunken.

Wachsende Wirtschaft. Solange der Schuldenstand stagniert oder lediglich leicht steigt, sinkt in wirtschaftlich guten Zeiten automatisch die Schuldenstandsquote. Denn gleichzeitig wächst die Volkswirtschaft – im vergangenen Jahrzehnt im Durchschnitt um nominal gut 3 Prozent pro Jahr.

Bleibt die Frage, wer die Rechnung für den jetzt aufs Neue angewachsenen Schuldenberg bezahlen soll. Corona-Soli, Vermögensabgabe, höhere Einkommensteuersätze – der Ruf nach einer Steuerlösung ist bereits zu vernehmen. Allerdings eint all diese Ideen ein schwerwiegender Nachteil: In den kommenden Monaten geht es um eine möglichst schnelle und nachhaltige Erholung der Wirtschaft – höhere Steuern stehen diesem Ziel entgegen.

Auch wenn der Schuldenstand Deutschlands mit gut 2,5 Billionen Euro in der Nachkriegsgeschichte nie höher war als voraussichtlich Ende 2021, gibt es keinen Grund zur Panik:

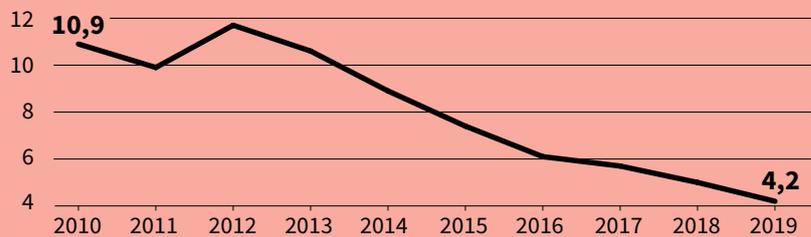
Die Schuldenquote wird 2021 mit knapp 73 Prozent immerhin noch gut 9 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 2010 liegen, als die Finanzkrise schnelles Handeln erforderte.

Gleichzeitig sind Schulden als Finanzierungsquelle günstig wie nie.

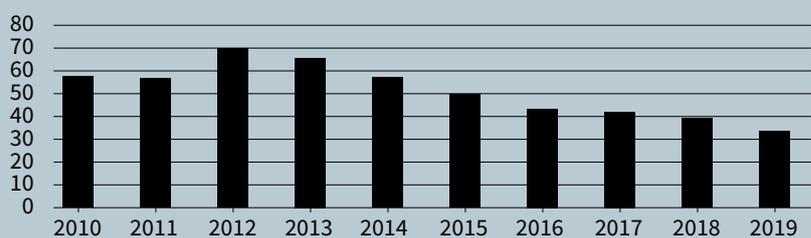
Deutschland: Niedrige Zinsen entlasten den Staatshaushalt

Zinsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden

in Prozent der Steuereinnahmen



in Milliarden Euro



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Aktuell erhält der Bund sogar Zinsen, wenn er sich Geld leiht. Zudem relativiert der Blick auf die Nachbarstaaten den aktuellen Anstieg der deutschen Schuldenquote, denn die großen Industrieländer in der Europäischen Union waren Ende 2019 im Vergleich zur Wirtschaftskraft allesamt deutlich stärker verschuldet:

Italien rangierte mit einer Quote von 135 Prozent an der Spitze, Frankreich und Spanien erreichten fast die 100-Prozent-Marke und auch das Vereinigte Königreich lag mit 85 Prozent vor Deutschland.

Ist das Leben auf Pump für Deutschland also dauerhaft kein Problem? Die Antwort hängt davon ab, was die Zukunft bringt. Bleiben die Zinsen niedrig und gilt nach der Krise wieder die Schuldenbremse, würde die Schuldenstandsquote ähnlich wie nach der Finanzkrise relativ zügig wieder in Richtung 60 Prozent sinken – denn die Schuldenbremse verlangt eine schrittwei-

se Tilgung der krisenbedingt aufgenommenen Kredite.

Allerdings stellt sich dann die Frage, wie wichtige Investitionen unter anderem in Digitalisierung und Klimaschutz finanziert werden sollen. Daher bedarf es einer Öffnung der Schuldenbremse – der Schuldenstand wäre bei einem klaren Fokus auf Investitionen auch dann weiterhin zu stemmen.

Trügerisch wäre angesichts von Nullzinsen jedoch die Schlussfolgerung, dass es auf ein paar Milliarden Euro mehr oder weniger Schulden nicht ankommt. Es bleibt die zentrale Aufgabe der Politik, Prioritäten auf der Ausgabenseite zu setzen.

Kurzum: Weniger Schulden sind auch bei Nullzinsen besser als mehr Schulden. Für die Finanzierung zukunftsgerichteter Ausgaben sollte die Politik gleichwohl neue Schulden aufnehmen. Das ist kein Widerspruch. Schulden sind ein Mittel zum Zweck – für sich genommen sind sie weder gut noch schlecht.

Dieses Jahr kommt es dicke

Insolvenzen. Im vergangenen Jahr haben in Deutschland trotz des kräftigen Konjunkturerinbruchs so wenige Unternehmen einen Insolvenzantrag gestellt wie lange nicht. Dadurch dürfte die Zahl der Zombieunternehmen, die zwar am Markt aktiv, aber wirtschaftlich nicht überlebensfähig sind, um etwa 4.500 gestiegen sein.

Auch wenn im vergangenen Jahr die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gesunken ist, da coronabedingt die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt wurde, gab es viele Tausend Betriebe, die pleitegingen. So hat beispielsweise die Galeria Karstadt Kaufhof GmbH mit rund 28.000 Beschäftigten im Jahr 2020 Insolvenz angemeldet, auch Esprit und Hallhuber waren zahlungsunfähig. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Unternehmenspleiten gleichwohl gesunken (Grafik):

Im Jahr 2020 meldeten rund 17.000 Unternehmen in Deutsch-

land Insolvenz an, das waren 9 Prozent weniger als 2019.

Aufgrund des schweren Wirtschaftseinbruchs wäre eigentlich 2020 mit einem kräftigen Anstieg der Insolvenzzahl um etwa 15 Prozent zu rechnen gewesen. Doch bis Ende September 2020 war die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt – und für überschuldete Unternehmen sogar noch darüber hinaus. Rein rechnerisch ergeben sich damit rund 4.500 weniger Insolvenzen, als erwartbar gewesen wären. Hierbei dürfte es sich größtenteils um sogenannte Zombieunternehmen handeln, die

noch marktaktiv, aber nicht überlebensfähig sind. In der überwiegenden Mehrheit sind dies größere Unternehmen, denn Kleinbetriebe wie etwa in der Gastronomie stellen üblicherweise ohne Insolvenzantrag ihren Betrieb ein. Kleine „Zombies“ sind also noch hinzuzurechnen.

Wie viele Unternehmen im Jahr 2021 Insolvenz beantragen werden, ist schwer vorherzusagen. Das ifo Institut geht basierend auf Umfragen davon aus, dass 750.000 Unternehmen in Deutschland existenzbedroht sind, Creditreform rechnet mit 550.000 überschuldeten Unternehmen, die zu Zombieunternehmen werden könnten. Aus diesen hohen Zahlen kann man aber kaum auf ausstehende Insolvenzen schließen. Angenommen, die ausgebliebenen Insolvenzen des Jahres 2020 würden im laufenden Jahr nachgeholt, könnte die Insolvenzzahl 2021 bei etwa 23.250 liegen. Da die Bundesregierung für dieses Jahr jedoch eine Reform des Insolvenzrechts anstrebt, könnte der Anstieg durchaus auch geringer ausfallen.

Insolvenzen: So vielen Unternehmen droht das Aus

Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland



Zombieunternehmen: Unternehmen, die unter anderem aufgrund der ausgesetzten Insolvenzpflcht bislang nicht Insolvenz angemeldet haben

2020: Schätzung; 2021: Prognose mit nachgeholt Insolvenzen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 130/2020

Klaus-Heiner Röhl: Corona – Droht eine Zombifizierung der deutschen Wirtschaft?
iwkoeln.de/zombieunternehmen

Von Ungleichheiten und Eigeninteressen

Beamtenbesoldung. Von linken Regierungen erwartet man eher, dass sie die Einkommensungleichheit reduzieren als von Regierungen rechts der Mitte. Ob das auf die Beamtenbesoldung der Bundesländer zutrifft, hat das IW in einer gemeinsamen Studie mit dem ifo Institut untersucht.

Seit der Föderalismusreform 2006 können die Bundesländer die Besoldung ihrer Beamten selbst regeln – vorher war sie bundeseinheitlich festgelegt. Tatsächlich haben die Länder fleißig davon Gebrauch gemacht: So variierte die niedrigste Besoldung im Jahr 2018 zwischen 1.965 Euro pro Monat in Niedersachsen und 2.272 Euro in Hamburg und die höchste zwischen 12.510 Euro in Rheinland-Pfalz und 13.805 Euro in Sachsen.

Eine andere Frage ist, ob die Landesregierungen ihre Kompetenz genutzt haben, die Ungleichheiten zwischen den Besoldungsgruppen abzubauen. Üblicherweise würde

man das vor allem von linken Regierungen erwarten – sie sind in der Studie definiert als alle SPD-geführten Regierungen sowie Koalitionen aus Grünen/SPD und Linken/SPD/Grünen mit Ausnahme Großer Koalitionen. Rechte Regierungen sind Alleinregierungen von CDU/CSU sowie Koalitionen aus CDU/CSU und FDP; Regierungen der Mitte sind alle anderen CDU-geführten Regierungen sowie Koalitionen aus SPD/CDU sowie Grünen/CDU.

Die vertikale Ungleichheit beschreibt das Verhältnis zwischen der höchsten und der niedrigsten Vergütung von Beamten mit gleicher Berufserfahrung. Hier kommt die

Studie für den Zeitraum 2007 bis 2018 zu folgendem Ergebnis (Grafik):

In Legislaturperioden mit rechten Regierungen ist die vertikale Ungleichheit um rund 1,6 Prozent pro Jahr gesunken – unter linken Regierungen und Regierungen der Mitte waren es jeweils nur gut 0,6 Prozent.

Die horizontale Ungleichheit ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen der Vergütung von Beamten mit der meisten und von jenen mit der wenigsten Berufserfahrung. Hier waren die Unterschiede noch geringer – sie variierten nur zwischen 0,0 und 0,2 Prozent.

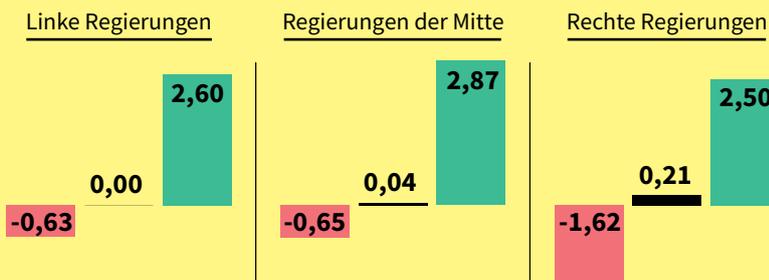
Das durchschnittliche Wachstum der Bezüge zeigt ebenfalls keine großen Unterschiede, die auf die Regierungsideologie zurückgeht: Im Schnitt legten die Besoldungen der Landesbeamten in einer Legislaturperiode um 2,5 (rechts), 2,6 (links) oder 2,9 Prozent (Mitte) zu.

Bleibt die Frage, warum linke Regierungen die Ungleichheit bei der Besoldung von Landesbeamten nicht stärker senken. Eine mögliche Antwort – und ein mögliches Problem: Da die Kabinettsmitglieder selbst Beamte sind, legen sie de facto ihre Bezüge selbst fest – sie verfolgen also Eigeninteressen.

Beamtenbesoldung: Regierungskonstellation spielt kaum eine Rolle

Veränderung in einer Legislaturperiode der Bundesländer in Prozent im Zeitraum 2007 bis 2018 pro Jahr

- Vertikale Ungleichheit (Verhältnis zwischen höchster und niedrigster Vergütung)
- Horizontale Ungleichheit (Verhältnis zwischen Vergütung von Beamten mit der meisten und der wenigsten Berufserfahrung)
- Durchschnittliches Wachstum der Bezüge



Linke Regierungen: alle SPD-geführten Regierungen sowie Koalitionen aus Grünen/SPD und Linken/SPD/Grünen mit Ausnahme Großer Koalitionen; rechte Regierungen: Alleinregierungen von CDU/CSU sowie Koalitionen aus CDU/CSU und FDP; Regierungen der Mitte: alle anderen CDU-geführten Regierungen sowie Koalitionen aus SPD/CDU sowie Grünen/CDU

Quelle: ifo Institut
© 2021 IW Medien / iwd

Studie

Björn Kauder, Manuela Krause, Niklas Potrafke: Reduzieren linke Landesregierungen die Ungleichheit bei der Beamtenbesoldung?, in: ifo Schnelldienst 12/2020

Akademiker zieht es in die Metropolen

Demografie. Für Akademiker sind in Deutschland die großen Städte attraktiv. Dafür ziehen sie, vor allem in jungen Jahren, auch gerne mal um. Doch es ist klar, dass andere Regionen unter dieser Wanderungsbewegung leiden müssen. Besonders die ländlichen und strukturschwachen Gemeinden, die Akademiker dringend nötig hätten, trifft es hart.

Immer mehr Hochqualifizierte zieht es während und nach dem Studium in die Großstädte. Vor allem München, Berlin, Köln, Hamburg, Frankfurt und Leipzig stehen bei Akademikern nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hoch im Kurs. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hat die Region Leipzig in den vergangenen Jahren die meisten Akademiker zum Umzug bewegt. Doch wenn manche Städte profitieren, ist es auch klar, dass andere Regionen entsprechend verlieren (Grafik):

Gut 69.000 Personen mit akademischem Werdegang zogen von 2014 bis 2018 in den Regierungsbezirk Oberbayern, gleichzeitig wanderten rund 34.600 Hochqualifizierte aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf ab.

Zum größten Teil sind es die ländlichen Gebiete, aber auch strukturschwache Regionen, aus denen vor allem junge Menschen zum Studium wegziehen. Dies erklärt, warum der Regierungsbezirk Düsseldorf die meisten Hochqualifizierten verliert: Der Bezirk umfasst neben der Stadt Düsseldorf auch den westlichen Teil des Ruhrgebiets. Auch die Regierungsbezirke Arnsberg und Münster gucken im Wettbewerb um Akademiker in die Röhre – diese Bezirke umfassen ebenfalls Teile des Ruhrgebiets.

Die Wanderungsbewegung in die Metropolen wird vor allem durch die steigende Studierneigung junger Menschen verstärkt. Dazu passt auch der Befund, dass Akademiker besonders in jungen Jahren überdurchschnittlich mobil sind:

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein 18- bis 34-Jähriger mit akademischem Werdegang den Wohnort wechselt, ist etwa dreimal höher als bei Personen mit einem beruflichen Bildungsabschluss.

Während die größeren Unistädte mit der Anwerbung von angehenden Akademikern leichtes Spiel haben, müssen sich die ländlichen oder strukturschwachen Regionen mit wirtschaftlichen oder demografischen Problemen aktiv um sie bemühen. Denn für ihren Aufschwung sind hochqualifizierte Arbeitskräfte unabdingbar: So ist zum Beispiel technologischer Fortschritt nur dort möglich, wo es Arbeitskräfte gibt, die Innovationen erbringen und diese auch in die Praxis umsetzen können.

Doch wie können betroffene Regionen attraktiver werden? Um studierwillige Abiturienten in der Region zu halten, ist langfristig vor allem die Ansiedlung von Hochschulen hilfreich. Den Hochschulabsolventen sollten außerdem berufliche Perspektiven geboten werden, um sie beispielsweise wieder in ihre Heimatregion zurückzuholen, bevor sie anderswo langfristig ansässig werden. Denn je älter Akademiker werden, desto mehr sinkt die Wahrscheinlichkeit für einen Umzug.

Wo es Akademiker hinzieht

Die fünf Regionen mit dem größten Zuwachs und der größten Abwanderung von Akademikern von 2014 bis 2018



Regierungsbezirk Oberbayern	68.800	
Berlin	47.700	
Regierungsbezirk Köln	46.300	
Regierungsbezirk Darmstadt	39.600	
Region Hannover	33.200	
...		
Region Weser-Ems	-25.100	
Regierungsbezirk Arnsberg	-27.400	
Regierungsbezirk Detmold	-27.900	
Region Trier und Koblenz	-30.600	
Regierungsbezirk Düsseldorf	-34.600	

Personen im Alter von 18 bis 49 Jahren; Akademiker: sowohl Personen mit Hochschulabschluss als auch Studenten

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Aus IW-Trends 4/2020

Wido Geis-Thöne: Hochqualifizierte wechseln häufiger die Region – Eine Analyse auf Basis des Mikrozensus zu sozioökonomischen Aspekten der Binnenwanderung
iwkoeln.de/hochqualifizierte

Besser einhalten als erhöhen

Mindestlohn. Bis Juli 2022 steigt der Mindestlohn stufenweise von 9,35 auf 10,45 Euro – und viele fordern bereits einen Sprung auf 12 Euro. Was das für die Einkommensarmut und die Beschäftigung bedeuten würde, hat das IW mithilfe einer Simulation ausgerechnet.

Mit ihrem Beschluss, den Mindestlohn in vier Stufen auf 10,45 Euro zu erhöhen, ist die Mindestlohnkommission von der Regel abgewichen, sich bei der Anpassung des Mindestlohns an der Tarifentwicklung zu orientieren – daran gemessen, hätte sich ab Januar 2021 ein Mindestlohn von 9,82 Euro ergeben und er wäre dann zwei Jahre lang konstant geblieben.

Diesen Wert soll der Mindestlohn jedoch erst 2022 erreichen, um die Unternehmen in der Corona-Krise zu entlasten.

Dennoch: Der an der Tariflohnentwicklung orientierte Mindestlohn wird in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 um mehr als 6 Prozent überschritten – und Bundesarbeitsminis-

ter Hubertus Heil hat im Dezember bereits angekündigt, eine Gesetzesvorlage einzubringen, mit der der Mindestlohn schneller in Richtung 12 Euro angehoben werden soll.

Das IW hat die Wirkung der aktuellen und möglicher weiterer Erhöhungen auf die Einkommensarmut und die Beschäftigung simuliert. Die wichtigsten Ergebnisse (Grafik):

Aktueller Mindestlohn von 9,35 Euro. Gäbe es keine Unterschreitungen, würden also alle Berechtigten den gesetzlichen Mindestlohn erhalten, könnte die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung um einen halben Prozentpunkt auf 15,7 Prozent sinken, ohne dass der Mindestlohn erhöht werden müsste.

Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Das würde – wenn es genauso viele Unterschreitungen des Mindestlohns gäbe wie heute – die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung ebenfalls auf 15,7 Prozent drücken, ohne Unterschreitungen würde die Quote um weitere 0,5 Prozentpunkte sinken.

Beschlossene Erhöhung des Mindestlohns auf 10,45 Euro. Verglichen mit dem 12-Euro-Szenario ergeben sich nur geringe Veränderungen: Mit Unterschreitungen würde die heutige Armutsgefährdungsquote um 0,2 Punkte sinken, ohne Unterschreitungen um 0,6 Punkte.

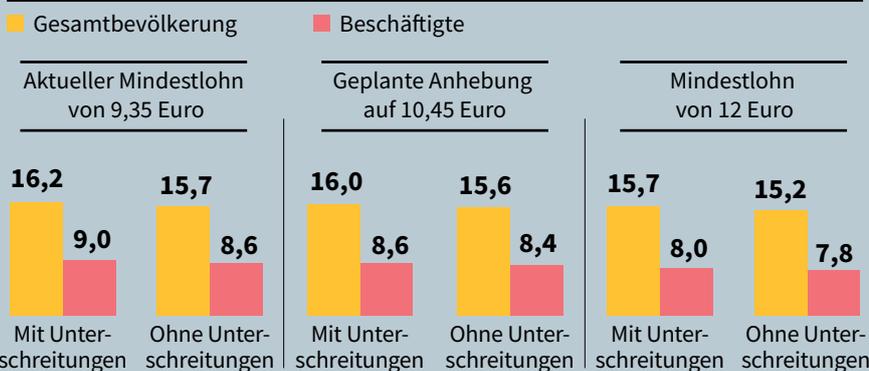
Diese Simulation unterstellt, dass die Erhöhung des Mindestlohns keine weiteren Folgen hat – dem ist aber nicht so. Je stärker der Mindestlohn steigt, desto größer ist die Gefahr, dass die Unternehmen nach Ausweichmöglichkeiten suchen.

Kommt es – insbesondere bei der geringfügigen Beschäftigung – zu erhöhter Arbeitslosigkeit, könnte die Armutsgefährdungsquote sogar steigen.

Unter dem Strich wäre deshalb ein Mindestlohn, der bezahlbar ist und eingehalten wird, besser als ein höherer Mindestlohn, der umgangen wird.

Mindestlohn: Seine Wirkung auf die Einkommensarmut

So viel Prozent der Bundesbürger sind beziehungsweise wären bei folgendem Mindestlohn armutsgefährdet



Mit Unterschreitungen: Nicht alle Berechtigten erhalten den Mindestlohn, Zahl und Intensität der Unterschreitungen wie im Jahr 2018; ohne Unterschreitungen: Alle Berechtigten erhalten den jeweiligen Mindestlohn

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

Rekordwerte für die Zukunftssicherung

Weiterbildung. In deutschen Unternehmen steht das Thema Weiterbildung so hoch im Kurs wie nie: Fast neun von zehn Firmen haben ihre Mitarbeiter 2019 betrieblich weitergebildet. Allerdings unterscheiden sich die Werte je nach Wirtschaftszweig deutlich. Der Digitalisierungsgrad der Firmen spielt ebenfalls eine zentrale Rolle.

Das Jahr 2019 war ein Jahr der Rekorde, zumindest mit Blick auf die betriebliche Weiterbildung in Deutschland:

Durchschnittlich 18,3 Stunden bildeten sich Mitarbeiter im vergangenen Jahr beruflich fort – das war exakt eine Stunde mehr als drei Jahre zuvor.

Laut IW-Weiterbildungserhebung hat der Anteil der Firmen, die ihre Mitarbeiter selbst qualifizierten oder qualifizieren ließen, ebenfalls zugelegt (Grafik):

Fast 88 Prozent der befragten Unternehmen investierten im Jahr

2019 in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter.

Der bisherige Höchststand von 86 Prozent datiert auf das Jahr 2013.

Besonders gefragt ist das Lernen im Arbeitsprozess – gut 85 Prozent der Firmen wählen diese Form der Weiterbildung. Erst auf dem zweiten Platz folgen Lehrveranstaltungen, die noch bis 2013 an der Spitze lagen.

Da sowohl mehr Firmen in Weiterbildung investieren, als auch mehr Stunden dafür aufgewendet werden als früher, überrascht es nicht, dass sich die Ausgaben auf eine stattliche Summe addieren:

Die Gesamtinvestitionen in Weiterbildungsmaßnahmen lagen im Jahr 2019 bei 41,3 Milliarden Euro – davon entfielen etwa 21 Milliarden auf die direkten und 20,3 Milliarden auf die indirekten Kosten.

Zu den direkten Kosten zählen beispielsweise die Teilnehmergebühren, Gehälter für interne Dozenten sowie Reisekosten. Indirekte Kosten verursacht die trotz Weiterbildung bezahlte Arbeitszeit, die nicht direkt in die Wertschöpfung des Unternehmens fließt.

Das gesamte Investitionsvolumen in die Weiterbildung ist seit 2016 um 23 Prozent gestiegen; die Pro-Kopf-Ausgaben um knapp 16 Prozent.

Besonders viel war die Weiterbildung den unternehmensnahen Dienstleistern – also beispielsweise Banken, Versicherungen und dem Großhandel – wert. Sie ließen sich die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter im Jahr 2019 pro Kopf 1.783 Euro kosten. In der Industrie waren es 1.005 Euro je Beschäftigten. Die gesellschaftsnahen Dienstleister – dazu zählen unter anderem der Einzelhandel und das Gesundheitswesen – investierten 934 Euro pro Person.

Mit Blick auf die Kosten ist es auch interessant zu betrachten, wie sich die vom IW befragten Unterneh-

Immer mehr Firmen sind weiterbildungsaktiv

So viel Prozent der Unternehmen in der jeweiligen Branche haben ihre Beschäftigten weitergebildet

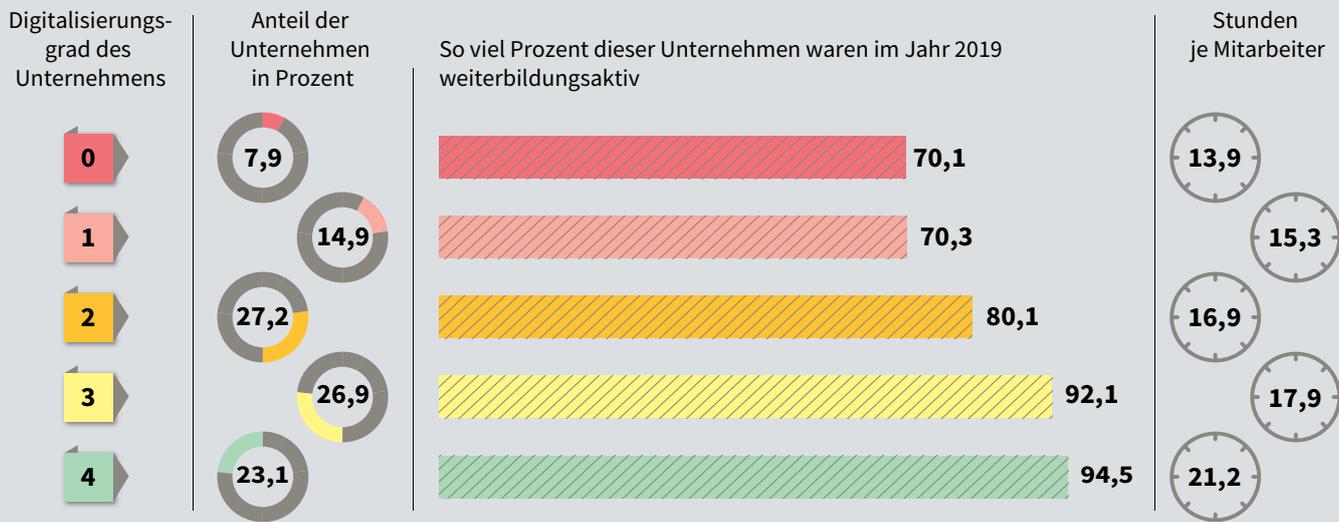
	Alle Branchen	Industrie	Unternehmensnahe Dienstleister	Gesellschaftsnahe Dienstleister
2010	83,2	80,5	83,8	84,2
2013	86,0	83,8	87,9	85,7
2016	84,7	83,9	78,6	90,1
2019	87,9	80,2	91,1	89,1

Befragung von 1.340 bis 2.254 Unternehmen; Industrie: z. B. Verarbeitendes Gewerbe, Entsorgung, Bauwirtschaft
Unternehmensnahe Dienstleister: z. B. Großhandel, Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation, Finanzdienstleistungen
Gesellschaftsnahe Dienstleister: z. B. Einzelhandel, Gastgewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Mit dem Digitalisierungsgrad steigt die Weiterbildungsaktivität



Befragung von 991 Unternehmen von Ende April bis Mitte August 2020

Nur Unternehmen mit Angaben zur Digitalisierung: Digitalisierungsgrad: 0 = keine neue digitale Technologie, 1 = eine neue digitale Technologie, 2 = zwei neue digitale Technologien, 3 = drei neue digitale Technologien, 4 = vier bis acht neue digitale Technologien im Unternehmen genutzt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

men in Sachen staatliche Förderung positionieren: Hier geben 56 der unternehmensnahen Dienstleister an, dass diese Unterstützung in der Regel nicht nötig ist. In der Industrie ist das bei 39 Prozent der Fall. Bei den gesellschaftsnahen Dienstleistern stimmen dem nur noch 29 Prozent zu. Das mag damit zusammenhängen, dass Unternehmen dieser Branche öfter nicht gewinnorientiert arbeiten und entsprechend weniger finanziellen Spielraum haben.

Für alle Branchen gilt: Je mehr geringqualifizierte Mitarbeiter ein Unternehmen beschäftigt, desto eher befürwortet es staatliches Geld für die Qualifizierung.

Fast 73 Prozent der befragten Firmen halten es für wünschenswert,

dass der Staat die Weiterbildung bestimmter Personengruppen – etwa älterer Mitarbeiter oder An- und Ungelernter – unterstützt.

Entscheidenden Einfluss auf den Weiterbildungsumfang hat auch, wie digital ein Unternehmen aufgestellt ist. Das IW unterscheidet hier fünf Digitalisierungsgrade (Grafik):

Jene Firmen, die keinerlei neue digitale Technologie einsetzen, kamen 2019 auf knapp 14 Weiterbildungsstunden je Mitarbeiter und Jahr. Die Unternehmen, die an der Digitalisierungsspitze stehen, bildeten ihr Personal im Schnitt mehr als 21 Stunden weiter.

Doch ganz gleich, wie digital die Firmen aufgestellt sind, halten annähernd 80 Prozent steuerliche

Erleichterungen bei den Weiterbildungskosten für sinnvoll.

Fehlende Finanzmittel sind allerdings nicht das größte Hemmnis, wenn es um die Weiterbildung der Mitarbeiter geht. Stattdessen nennen die Unternehmen mit jeweils deutlich über 50 Prozent zwei andere maßgebliche Gründe: Zum einen fehlten ihnen im Jahr 2019 schlicht zeitliche Ressourcen für die entsprechende Organisation; zum anderen konnten sie die Mitarbeiter nicht noch länger als bisher im Tagesgeschäft entbehren.

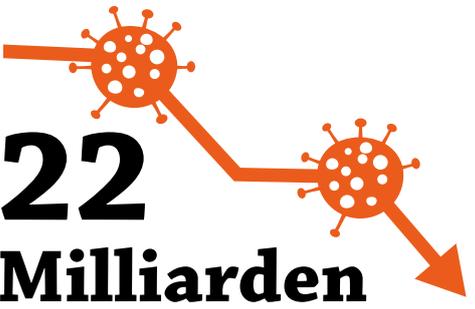
Aus IW-Trends 4/2020

Susanne Seyda, Beate Placke: IW-Weiterbildungserhebung 2020 – Weiterbildung auf Wachstumskurs
iwkoeln.de/weiterbildung2020

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - Telefon: 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche


**22
Milliarden
Euro**

könnte der harte Lockdown den innerstädtischen Einzelhandel an Einnahmeausfällen im Dezember und Januar kosten. Laut einer IW-Rechnung dürfte der Einzelhandel allein im Dezember bundesweit bis zu 13,3 Milliarden Euro Umsatz eingebüßt haben, weil das für die Branche so wichtige Weihnachtsgeschäft in den Innenstädten einbrach. Im Januar könnten es bis zu 8,7 Milliarden Euro sein. In der Modellrechnung sind Geschäftsschließungen im Zuge des harten Lockdowns bis zum 10. Januar berücksichtigt. Im deutschen Einzelhandel arbeiteten 2019 rund 3,4 Millionen Beschäftigte, 64 Prozent von ihnen waren Frauen. Während viele Läden unter den Schließungen leiden und teils gar keinen Umsatz in dieser Zeit erzielen, dürfte der Online-Versandhandel vom Lockdown profitieren. Zwischen November 2020 und Januar 2021 shoppen die Bundesbürger voraussichtlich für bis zu 26,2 Milliarden Euro online. Das wären 5,6 Milliarden Euro mehr als im selben Zeitraum zwölf Monate zuvor. Rund die Hälfte der Online-Umsätze in Deutschland verbucht Amazon. Das Unternehmen wird allerdings auch von vielen stationären Händlern als Plattform genutzt, die gerade während der Schließungen versuchen, ihre Umsatzverluste auf diese Weise auszugleichen.

Top-Liste: Die zweite Miete

Die Nebenkosten machen neben der Kaltmiete in der Regel einen nicht unerheblichen Teil der Wohnkosten aus, weshalb sie auch gerne als „zweite Miete“ bezeichnet werden. In die Wohnnebenkosten fließen unter anderem die Grundsteuer, die Straßenreinigung, die Müll-, Wasser- und Abwassergebühren und – als größter Posten – auch die Heizkosten ein. Wie hoch Letztere ausfallen, hängt nicht nur vom allgemeinen Preisniveau der Region und vom Zustand des Wohngebäudes ab, sondern auch davon, wie das Klima vor Ort ist. So gesehen verwundert es wenig, dass Freudenstadt – ein Ort auf einem Hochplateau im schneereichen Schwarzwald – bundesweit die höchsten Heizkosten aufweist. Mehr zu diesem Thema unter:

iwkoeln.de/wohnnebenkosten

Heizkosten: Große Unterschiede

Durchschnittliche Abschlagszahlungen für Heizkosten bei Neuvermietungen je Quadratmeter Wohnfläche im Jahr 2019 in Euro

Teuerste Kreise

1. Freudenstadt	1,50
2. Kaiserslautern	1,47
3. Emden	1,38
4. Salzgitter	1,35
5. Heidenheim	1,35

Günstigste Kreise

397. Straubing-Bogen	0,81
398. Koblenz	0,80
399. St. Wendel	0,78
400. Cochem-Zell	0,71
401. Speyer	0,71

Abschlagszahlungen: vom Vermieter angegeben
Durchschnittliche Abschlagszahlungen: Medianwerte
Quellen: Value AG, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd